

Betreff: Petition für einen Neu-Start der heimischen Anti-Atompolitik

## **Gemeinsamer Dringlicher Antrag von SPÖ, GRÜNE und FPÖ**

an den Gemeinderat  
eingebracht von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 27. April 2006

In der Ukraine, Weißrussland und Russland gedachten Menschen in den letzten Tagen und Stunden der Opfer der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor 20 Jahren: Am 26. April 1986 war um 1.23 Uhr der Reaktor Nr. 4 explodiert und führte zum bislang folgenschwersten Unfall in der Geschichte der zivilen Nutzung der Kernenergie. Der zerstörte Reaktor wurde mit westlicher Hilfe in einen Beton-„Sarkophag“ eingeschlossen, der allerdings wieder brüchig ist.

Die Folgen sind bis heute spürbar, wobei das Ausmaß der Folgeschäden auch heute, 20 Jahre danach, stark umstritten ist. Die nach dem Tschernobyl-Unglück freigesetzte radioaktive Wolke ging größtenteils über der Ukraine und Weißrussland, aber auch in großen Teilen Mittel-, Nord- und Westeuropas nieder. Fast 350.000 Menschen wurden wegen des Unglückes umgesiedelt. Millionen Hektar Land sind bis heute radioaktiv verseucht. Über die Zahl der Todesopfer gibt es derzeit erregte Debatten: UN-Behörden geben an, insgesamt würden etwa 4000 bis 9000 Menschen durch die Folgen des Unglücks sterben. Umweltschützer rechnen mit mindestens 100.000 Todesopfern infolge der Katastrophe. Missbildungen bei Neugeborenen werden noch heute als Folge der Verstrahlung registriert.

Aber alle diese Prognosen sind mit großen Unsicherheiten behaftet, denn es handelt sich lediglich um Abschätzungen anhand einer angenommenen mittleren Strahlenbelastung. Für mehr als die Hälfte der so genannten „Liquidatoren“ – Personen, die zu Aufräumarbeiten in der Umgebung des Reaktors eingesetzt wurden -, ist die tatsächliche Strahlenbelastung aber gar nicht bekannt. Folgeschwerer war die Beobachtung, dass bei einem Teil dieser „Liquidatoren“, aber auch bei stärker bestrahlten Kindern und Jugendlichen sich ein „Grauer Star“ entwickelte; jedenfalls wurde bei den Einwohnern der kontaminierten Gebiete in den drei Staaten Russland, Ukraine und Weißrussland seit 1990 eine deutliche Zunahme an Schilddrüsentumoren, insbesondere bei Kindern, festgestellt; aber auch ein Anstieg anderer Krebsarten wie Darm-, Blasen- und Lungenkrebs.

Angesichts dieses folgenreichen ökonomischen, ökologischen und gesundheitsmäßigen „Super-GAU’s“ steht nach wie vor ein groß angelegtes

Nachsorgeprogramm – analog zu jenem in Hiroshima und Nagasaki – aus. Wie jetzt TV- und Presseberichten aus dem Raum Tschernobyl zu entnehmen ist, erhoffen sich das die Betroffenen - von der EU und internationalen Institutionen.

Was aber hingegen – trotz dieser katastrophalen Bilanz – in der EU ins Haus steht, ist eine „atomare Renaissance“. Das war nicht nur beim kürzlich abgehaltenen „Energiegipfel“ in Berlin erkennbar, sondern auch jüngst bei den Beratungen und Beschlüssen beim informellen EU-Wettbewerbsgipfel in Graz. Denn die geplante Aufstockung der Euratom-Mittel ist absolut unverantwortlich und die Pläne für weitere Atomkraftwerke in den 25 EU-Staaten sind mehr als erschreckend. Die Atomlobby versucht mit allen Mitteln - unter dem Deckmantel des Klimaschutzes - den Neubau von AKW's voranzutreiben. Dem muss unserer Ansicht nach sofort ein Riegel vorgeschoben werden.

Denn der traurige Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl muss einmal mehr zum Anlass genommen werden, diesen Zug zu stoppen. Österreich, als derzeitiger EU-Ratspräsident, muss sich umgehend gegen die Verdreifachung der Euratom-Mittel (7. EU-Rahmenforschungsprogramm) stark machen; es handelt sich dabei um Gelder für die Entwicklung neuer Reaktortypen, wobei es immerhin um 123 Millionen € geht.

Die angeschlagene Nuklearindustrie versucht nach den hochtrabenden Träumen der 50er und 60er und dem „AKW-Boom“ in den 70er Jahren ihr „Tief“ nach Tschernobyl mit aller Macht zu überwinden. Weltweit laufen nach Angaben der IAEO, der Atomenergiebehörde, 436 AKW, 146 davon in der EU. Es gibt derzeit in den westlichen Ländern – mit Ausnahme von Frankreich – entweder de-facto-Moratorien oder konkrete Ausstiegspläne. Derzeit werden 17 % des weltweiten Stromverbrauches durch nukleare Energie gedeckt, 36 % durch Kohle, 22 % stammen aus sogenannten erneuerbaren Energiequellen (Wasserkraft mit eingerechnet), Gas und Öl tragen 16 % bzw. 9 % bei.

Das deutsche Öko-Institut hat jüngst in einer Studie die Behauptungen der Atomlobby als pure Propaganda entlarvt: Der Studie zufolge würden bei mehr Atomkraft weder die Strompreise gedämpft, noch seien Entlastungen beim Klimaschutz zu erwarten.

Auf den Punkt gebracht hat es Bauernbundpräsident Nabg. Fritz Grillitsch: *„Es muss endlich Schluss sein mit einer Energiepolitik, die nur der Atomlobby und den Ölscheichs zugute kommt. Stattdessen ist die EU gut beraten, verstärkt erneuerbare Energieträger zu forcieren. Denn angesichts der rasant steigenden Rohölpreise, der immer unsicher werdenden Versorgung mit Öl oder der Gefahren durch die Atomkraft ist erneuerbare Energie die einzige Lösung für eine funktionsfähige Energiepolitik mit Zukunft“.*

Was wir jetzt brauchen, ist ein Neu-Start der österreichischen Anti-Atompolitik und nicht gemeinsame Sache mit der Atomlobby. Die Bundesregierung ist aufgefordert, immer wieder bei den grenznahen AKW's Schritte zu setzen, eine Anti-Atomlobby in Europa aufzubauen und ein europaweites Referendum für den Atomausstieg zu initiieren, mit Einbeziehung der Atomkraft-Gegner in jenen Ländern, die AKW's betreiben, Reaktoren fertig bauen oder neue ans Netz nehmen wollen. Deshalb stellen die SPÖ-, GRÜNE- und FPÖ-Gemeinderatsfraktionen den

Gemeinsamen Dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge in Form dieser Petition an die Bundesregierung und an die zuständigen parlamentarischen Ausschüsse herantreten, in der Zeit der österreichischen EU-Präsidentschaft eine entsprechende Anti-Atom-Initiative auf europäischer Ebene zu starten, um damit im Sinne der Beschlüsse des Nationalrates für einen europaweiten Atomausstieg zu handeln, und beim abschließenden EU-Gipfel die ungerechtfertigte Förderung der Atomenergie in der EU nicht festzuschreiben zu lassen, die nur zu massiven Wettbewerbsverzerrungen am europäischen Energiemarkt führen wird.

Dringlichkeit und Antrag  
einstimmig angenommen

## KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 27. April 2006

Gemeinderätin: Kirsten Felbinger

### **Gemeinsamer Dringlichkeits Antrag von ÖVP und KPÖ** (gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Betrifft: Ausstellung von Individualbescheiden aus dem Behindertengesetz in einer barrierefreien Sprache

Menschen, die eine Leistung aus dem Behindertengesetz zugesprochen bekommen, erhalten einen Bescheid der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde. In diesem ist festgehalten, welche Leistung zugesprochen und in welchem Ausmaß diese bewilligt wird. Dies hat große Bedeutung für die Betroffenen, da diese Leistungen ihren Lebensalltag, die Wohn- und Arbeitssituation beeinflussen. Bei einem Ergebnis, welches nicht den Erwartungen und Bedürfnissen der Menschen entspricht, können die Betroffenen innerhalb einer bestimmten Frist Berufung einlegen.

Das Problem für Menschen mit Lernschwierigkeiten und geistiger Behinderung besteht oftmals darin, dass die Formulierungen in einem Bescheid sehr komplex und kompliziert abgefasst sind, sodass sie inhaltlich nicht verstanden werden können. In so einem Fall verstreicht oftmals die Berufungsfrist.

Seit Bestehen des neuen Behindertengesetzes gibt es sehr viele Initiativen im Bereich der Behindertenarbeit, die eine Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ermöglichen sollen. Das ganze Gesetz wurde in einer sogenannten „leichter lesen“ -Version aufbereitet. Dies bedeutet, dass jeder Paragraph in leicht verständlicher Sprache abgefasst ist, damit die Inhalte für alle Menschen verständlich sind.

Im Sinne von Gleichstellung gibt es die Möglichkeit, dass auch diese Individualbescheide in einer „barrierefreien Sprache“ abgefasst werden können, damit sie von Menschen mit Defiziten inhaltlich erfasst und verstanden werden.

Ich stelle daher im Namen der Fraktionen von KPÖ und ÖVP folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Die zuständigen Stellen des Magistrates mögen mit dem Land Steiermark in Verbindung treten, um im Sinne von Gleichstellung von r Menschen mit Behinderung, Bescheide aus dem Steiermärkischen Behindertengesetz in einer für alle Menschen verständlichen Sprache abzufassen.

## KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 27. April 2006

Gemeinderat: Klubobmann Josef Schmalhardt

### **Dringlichkeits Antrag**

(gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Betrifft: Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7

Die öffentliche Diskussion über das „Demokratiepaket“ der Stadt Graz hat gezeigt, dass eine Festlegung des Gemeinderates über die Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder dringend erforderlich ist. Diese Festlegung sollte jetzt erfolgen und in den Forderungskatalog einfließen, den wir im Zusammenhang mit der Reform des Statuts der Stadt Graz an den Landesgesetzgeber richten.

Es ist nämlich nicht gut für den Gedanken einer mit echten Einsparungen verbundenen Reform der demokratischen Einrichtungen in unserer Stadt, wenn es hier weitere Unklarheiten gibt. Das haben die entsprechenden Zeitungskommentare bewiesen. Übrigens müssten wir heute nicht mehr über die Reduzierung im Stadtsenat diskutieren, wenn man im Jahr 1998 dem Vorschlag von Ernest Kaltenegger zugestimmt und eine Abspeckung von 9 auf 7 StadträtInnen akzeptiert hätte. Damals ist der entschiedenste Widerstand gegen dieses Sparpaket von der FP gekommen, weil sie auf einen Stadtsenatssitz verzichten hätte müssen.

Wir bekräftigen unsere prinzipielle Haltung, dass im „Demokratiepaket“ die Minderheitenrechte für alle Gemeinderatsfaktionen und die Bezirksdemokratie nicht eingeschränkt werden dürfen.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

### **Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Der Gemeinderat beschließt, dass in der Petition an den Landtag, der das „Demokratiepaket“ für die Stadt Graz umfasst, die Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7 vorzusehen ist.



**DIE GRÜNEN**  
Gemeinderatsklub

Dringlichkeit abgelehnt

Die Grünen – Alternative Liste Graz  
Gemeinderatsklub  
A-8011 Graz, Rathaus

Telefon (0 31 6) 872-21 62  
Telefax (0 31 6) 872-21 69  
E-Mail [gruene.klub@stadt.graz.at](mailto:gruene.klub@stadt.graz.at)  
Web <http://www.graz.gruene.at>

**Dringlicher Antrag an den Gemeinderat**  
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 27.4.2006  
von GRin Lisa Rücker

*Betrifft: Verkauf des Kanalnetzes*

Glaubt man der erst kürzlich präsentierten, mittelfristigen Budgetprognose für die Stadt Graz, so ist bis 2010 noch ein Budgetloch von 500 Mio. Euro zu bewältigen, bevor es wieder bergauf geht mit der Stadt. Davor liegt das nicht unwesentliche Jahr 2008, in dem ein neuer Gemeinderat und voraussichtlich auch ein neuer Bürgermeister oder vielleicht sogar eine neue Bürgermeisterin gewählt wird. Das große Löcherstopfen geht also in die Endrunde. Aber nicht etwa deshalb, weil alle Defizite bald beseitigt wären und die große Einigkeit der Stadtregierung eine rasche Budgetsanierung ermöglicht hätte, sondern weil sich schlichtweg in rasantem Tempo das Stopfgarn dem Ende zuneigt.

Vor diesem Hintergrund ist es auch etwas besser zu verstehen, dass der drohende Verkauf des Kanalnetzes noch unbedingt heuer, spätestens aber im Jahr 2007 und am besten unter so lang wie möglichem Ausschluss des Gemeinderates erfolgen soll. Immerhin geht es um kolportierte 150 Mio. € Einmalerlös für den Stadtsäckel. In der Darstellung der Haushaltsentwicklung bis 2008 ließe sich so erstmalig eine positive Tendenz nachweisen. Das wiederum ist sicher günstig für einen Wahlkampf, und wenn der dann „gut ausgeht“, ist die Folgearbeit ohnehin durch eine/n andere/n FinanzreferentIn zu leisten. Das ist tatsächlich mittelfristige Finanzplanung – nach dem Motto: was nach 2008 kommt, ist jetzt nicht wirklich relevant.

Solche Ideen könnten jemandem kommen, der oder die sich vor dem Hintergrund der täglich stärker spürbaren Nervosität der Regierungsparteien mit dem Budget der Stadt Graz beschäftigt. Doch nicht immer sollte eine Gemeinderätin und schon gar nicht wenn sie der Opposition angehört, das Schlechteste denken. Also denken wir uns das Beste: Alle in der Stadt Graz verantwortlichen PolitikerInnen wollen eine Lösung für das finanzielle Fiasko in dem wir stecken. Und da soll der Verkauf des Kanals zuerst an eine eigene, wieder neu zu gründende Gesellschaft und später dann an die Stadtwerke (was übrigens schon vom so genannten „Weisenrat“ angedacht wurde) eine mögliche Lösung bringen. So weit, so gut. Antworten auf die Fragen, wie diese einschneidende Maßnahme langfristig auf die Stadt Graz wirkt, welche wirtschaftlichen und gemeinwesenorientierten Überlegungen im Hintergrund stehen, welche weiteren Schritte notwendig sind um die Grundversorgung der GrazerInnen nachhaltig sicherzustellen, bleiben sowohl gegenüber dem Gemeinderat, als auch gegenüber der Grazer Bevölkerung unbeantwortet. Auf diesen Mangel an Transparenz gegenüber den Betroffenen, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, haben wir in einem Dringlichen Antrag Mitte Februar klar hingewiesen. Keine der zuständigen Regierungsparteien hat unser Anliegen als Dringlich erkannt, während wir mittlerweile den Medien entnehmen müssen, was seitens der Ressortverantwortlichen scheinbar längst beschlossene Sache ist.

Die Erfahrungen aus dem Verkauf des Energiesektors der Stadtwerke AG und die laufend im negativen Sinn spürbaren Folgen der sukzessiven Auslagerung wesentlicher Vermögenswerte und Aufgaben aus dem Eigentum der Stadt Graz haben gezeigt, wie wichtig eine frühzeitige und transparente Information und eine breite Meinungsbildung der politischen EntscheidungsträgerInnen, aber auch der Bevölkerung über solch weitreichende Vorhaben ist.

Die von der Stadtregierung bewusst gewählte Vorgehensweise beim geplanten Verkauf des Kanalnetzes spiegelt Formen einer undemokratischen Politik wieder, die in Graz vermehrt tagespolitische Praxis zu werden scheint.

Aus diesem Grund stelle ich heute namens der Grünen – ALG den

### **Dringlichen Antrag**

Der Gemeinderat möge beschließen,

die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, einen Gesamtbericht über den aktuellen Stand der Vorbereitungen für den Verkauf des Kanalnetzes einschließlich einer politischen Bewertung durch die zuständigen StadtsenatsreferentInnen, sowie einer Stellungnahme des Stadtrechnungshofes auszuarbeiten und dem Beteiligungsausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Vorberatung vorzulegen.

Dringlichkeit abgelehnt

Gemeinderat

**Mag. Harald Korschelt**

An den  
GEMEINDERAT  
der Landeshauptstadt Graz

Mittwoch, 26. April 2006

**Betrifft: Abzahlung von Schulden in Höhe von 1.200 Millionen Euro.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit Jahren ist allgemein bekannt, dass die Finanzsituation der Stadt Graz beängstigend ist. Der Schuldenberg hat mittlerweile die unvorstellbare Höhe von 944 Millionen Euro erreicht. Den Pessimisten und Schwarzmalern, die bereits Schreckensszenarien an die Wand malen und das Schlimmste befürchten, wird entgegengehalten, dass man ohnehin sehr bemüht sei. Beschwichtigend wird vom Finanzreferenten in einer Tageszeitung darauf hingewiesen, dass man schon bei 1,6 Milliarden angelangt wäre, wenn man keine Korrekturen vorgenommen hätte.

Der Finanzreferent erklärt uns auch, dass der Schuldenstand zeige, wie wichtig Einsparungen sind und betont, dass Graz in den letzten beiden Jahren 70 Millionen an Ausgaben eingespart habe. Dennoch werde, so der Finanzreferent, der Schuldenstand noch weiter wachsen und zwar noch drei Jahre lang, bis er eine Höhe von 1,2 Milliarden im Jahre 2010 erreichen werde.

Mit anderen Worten könnte man also sagen, dass die Haushaltskonsolidierung erst in drei Jahren so richtig greifen wird, erst ab 2010 werden uns Sparpakete eine ausgeglichene Bilanz bescheren. Was allerdings nicht klar ist, ist die Frage, wie die Schulden dann abgebaut werden sollen.

Da ich die Beantwortung dieser Frage, angesichts der dramatischen Situation und der prognostizierten Schulden der Stadt Graz in Höhe von 1,2 Milliarden im Jahre 2010, als dringlich erachte, stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

#### **DRINGLICHEN ANTRAG:**

**Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Bürgermeister und der Finanzreferent ersucht werden, dem Gemeinderat längstens bis zur letzten Sitzung vor der Sommerpause einen detaillierten Bericht vorzulegen, wie die Abzahlung des Schuldenberges in Höhe von derzeit 944 Millionen und prognostizierten 1,2 Milliarden Euro erfolgen soll.**

Dringlichkeit abgelehnt

An den  
G E M E I N D E R A T  
der Landeshauptstadt Graz

Mittwoch, 26. April 2006

**Betrifft: Petition für eine Sicherheitswacht**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Jahr 2002 sorgte die sogenannte Bürgerwehr in Graz für Aufsehen. Eltern von schulpflichtigen Kindern wollten nicht länger zusehen wie im Umfeld von Schulen Streetworker ihr Geschäft anzubahnen versuchten. Die Profis, sprich die Polizei, erklärte, sich des Problems bewusst zu sein, jedoch auf Grund personeller Engpässe nicht überall vor Ort sein zu können. Gleichzeitig meldeten sich auch unzählige Bürger zu Wort, die sich über die zunehmende Kriminalität in den öffentlichen Parkanlagen besorgt zeigten und ebenfalls mehr Sicherheitspersonal forderten. Mangels Unterstützung durch Medien, der Politik und in weiterer Folge durch die Exekutive selbst, scheiterte das Engagement dieser freiwilligen Truppe.

Heute, vier Jahre danach, haben sich die Wogen geglättet und das Bewusstsein auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit scheint sich gewandelt zu haben. Öffentliche Ordnung und Sicherheit muss nicht mehr ausschließlich Aufgabe der Exekutive allein sein, zumindest lassen Initiativen von ÖVP und SPÖ diesen Rückschluss zu, die mittlerweile in Randbereichen Assistenzleistungen von „Privaten“ oder anderen öffentlichen Einrichtungen fordern bzw. unterstützen.

Die Prüfung einer möglichen Einführung eines Ordnungsamtes nach deutschem Vorbild durch die Magistratsdirektion hat jedoch ergeben, dass die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen einem effizienten Einsatz solch einer Magistratsgruppe entgegenstehen. Unter den gleichen Bedingungen scheint der geplante Einsatz von „Arbeitslosen mit Einschränkungen“ im Bereich Univiertel mehr als problematisch.

Wie es funktionieren kann zeigt die sogenannte Sicherheitswacht in einigen deutschen Bundesländern, vor allem jedoch in Bayern. (siehe Beilage)  
Mittlerweile auch von unzähligen Politikern anderer österreichischer Bundesländer aber auch von namhaften Vertretern der Exekutive selbst gefordert, scheint die Zeit reif zu sein auch in Österreich die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, damit Städte und Gemeinden auf diese sinnvolle und effiziente Ergänzung im Bereich der öffentlichen Sicherheit zurückgreifen können.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

## **dringlichen Antrag,**

**der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:**

**Die Stadt Graz wendet sich im Petitionswege an den Bundesgesetzgeber, die rechtliche Rahmenbedingungen zur Einführung einer Sicherheitswacht nach bayerischem Vorbild zu schaffen.**

### **Beilage:**

Auszug aus der Internetseite des Bayerischen Staatsministeriums des Innern.

## **Die bayerische Sicherheitswacht**

### Bürger tragen Mitverantwortung für die Innere Sicherheit

Bayern ist eines der sichersten Bundesländer in Deutschland. Die Zahl der Straftaten ist im Verhältnis zur Bevölkerung niedrig und die Aufklärungsquote am höchsten. Unsere Polizei leistet hier hervorragende Arbeit.

Die Innere Sicherheit ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch auf die Mitwirkung und das Engagement der Bürger angewiesen ist. Damit sich unsere Bürgerinnen und Bürger jederzeit sicher fühlen, unterstützen die Angehörigen der Sicherheitswacht die Polizei und tragen zur Verbesserung der Sicherheitslage bei.

Die Angehörigen der Sicherheitswacht sind Vorbild für jeden einzelnen Bürger, bei Straftaten nicht wegzuschauen, sondern hinzusehen, die Polizei zu verständigen und als Zeuge zur Verfügung zu stehen.

Die bayerische Sicherheitswacht unterstützt die Arbeit der Polizei in vorbildlicher Weise. Die Verfolgung von Straftaten bleibt aber nach wie vor die Aufgabe der Polizei.

## **Die bayerische Sicherheitswacht - Aufgaben**

### Mehr Schutz an gefährlichen Orten - Sicherheit durch Wachsamkeit **Wann und wo unterstützt die Sicherheitswacht die Polizei?**

Die Sicherheitswacht soll vor allem dort präsent sein, wo Straftaten drohen, die Gefährdung aber dennoch nicht so groß ist, dass Polizeibeamte ständig vor Ort sein müssen.

Als Tätigkeitsgebiete kommen hauptsächlich in Betracht:

- größere Wohnsiedlungen
- öffentliche Parks und Anlagen
- die Umgebung von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel

- das Umfeld von Gebäuden oder Einrichtungen, bei denen es immer wieder zu mutwilligen Zerstörungen oder zu Schmierereien kommt
- das Umfeld von Asylbewerber-Unterkünften

Die Angehörigen der Sicherheitswacht werden den Polizeidienststellen ihres Wohngebiets zugeteilt. Erfahrene Polizeibeamte entscheiden nach der aktuellen Sicherheitslage, wo und wann die Sicherheitswacht auf Streife geht.

### **Was sind ihre Aufgaben?**

Die Angehörigen der Sicherheitswacht sollen vor allem dem Vandalismus und der Straßenkriminalität entgegenwirken. Sie sind zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs und verbessern schon durch ihre Präsenz die Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger.

Bei verdächtigen Vorkommnissen informiert die Sicherheitswacht über das Handsprechfunkgerät die nächste Polizeistreife. Selbst eingreifen wird sie nur im Ausnahmefall, zum Beispiel, wenn dies zur Hilfe von Bürgern dringend geboten ist. Die Angehörigen der Sicherheitswacht führen aus Gründen der Eigensicherung ein Reizstoffsprüngerät mit sich.

## **Welche Befugnisse hat die bayerischen Sicherheitswacht?**

Die bayerische Sicherheitswacht ist keine Hilfspolizei, aber dennoch für die Polizei eine wertvolle Hilfe

Ihr stehen zunächst die gleichen Rechte zu wie jedem anderen Bürger: das Festhalten eines auf frischer Tat angetroffenen Straftäters bis zum Eintreffen der Polizei sowie das Recht auf Notwehr und Nothilfe für andere Bürger. Darüber hinaus können Angehörige der Sicherheitswacht Personen anhalten, sie befragen und ihre Personalien feststellen, wenn dies zur Gefahrenabwehr oder zur Beweissicherung notwendig ist. Außerdem können sie bei Gefahr im Verzug einen Platzverweis erteilen, das heißt eine Person anweisen, sich zu entfernen.

Die Sicherheitswacht ist keine Hilfspolizei. Sie kann und soll die Arbeit der Polizei nicht ersetzen, sondern ergänzen. Sie ist auch keine "Bürgerwehr" (unkontrollierter Zusammenschlüssen von Bürgern, die glauben, selbst für Recht und Ordnung sorgen zu müssen). Die Sicherheitswacht ist die bessere und rechtstaatliche Alternative.

### **Wie erkenne ich die Sicherheitswacht?**

Die Angehörigen der Sicherheitswacht tragen keine Uniform. Um von hilfesuchenden Bürgern gezielt angesprochen werden zu können, tragen sie an der Brust ein Kennschild "Sicherheitswacht" und eine hellgrüne Ärmelschlaufe bzw. einen gelben Blouson, jeweils mit der Aufschrift "Sicherheitswacht". Auf Verlangen müssen sie sich namentlich ausweisen, wenn der Zweck der Maßnahme dadurch nicht gefährdet wird.